

4. Sitzung: Demokratieförderung in multidimensionalen Friedensoperationen:
 peace-keeping, peace-building, peace-enforcement, occupation

Textrekonstruktion I: Sisk, Timothy D. (2003): Democratization and Peace Building. Perils and Promises, in: Crocker, Chester/Hampson, Fen Osler: Tubulent Peace. The Challenges of Managing International Conflict. Washington DC: U.S. Institute of Peace Press, 785-800.

1. **Thema:** Stand der Debatte zur Demokratisierung nach (ethnischen) Konflikten; Rolle von politischen Institutionen bei der Konfliktlösung, Friedenssicherung und demokratischen Konsolidierung
2. **Kernargument:** Der Gedanke, dass man durch demokratische Institutionen aus (ethnischer) Feindseligkeit harmonisches Miteinander schaffen kann, ist trügerisch. Dennoch können politische Systeme dazu beitragen, dass Friedensabkommen unterstützt und grundlegende Konfliktursachen langfristig entschärft werden. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass es keine „one size fits all“ Lösungen gibt; politische Institutionen müssen immer in Hinblick auf die jeweilige (Konflikt-)Situation geschaffen werden.
3. **Kernthesen**
 - „Lessons learned“: Die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, Frieden durch Demokratieaufbau zu schaffen, weisen gemischte Resultate auf: Es gibt zwar Erfolge (Namibia, Südafrika, Kambodscha, El Salvador, Nicaragua, Mozambique, evtl. Nordirland). Häufig kommt es bestenfalls zu einem „kalten Frieden“ (Bosnien, Äthiopien-Eritrea, zeitweise Israel-Palästina). Manchmal sind Konflikte nicht „reif“ für den Frieden oder Demokratie (Tschetschenien, Sri Lanka, Sudan). Verallgemeinernde Urteile können deshalb nur schwer gefällt werden. Sicher ist jedoch, dass nach Bürgerkriegen ein „**Friedens- bzw. Demokratisierungsprozesses**“ notwendig ist, d.h. wechselseitige Schritte, die Vertrauen schaffen (sollen).
 - Herausforderung: Schaffung **politischer Institutionen**, die den heterogenen Ansprüchen in tiefgründig gespaltenen Gesellschaften gerecht werden kann. Konzepte:

Typ	Eigenschaften	Beispiele	Vorteile	Risiken	
Sezession / Abspaltung	Schaffung eines neuen, souveränen Staats (eher selten)	Osttimor, Eritrea, Jugoslawien	Antagonistische Gruppen werden voneinander getrennt	Schaffung neuer Mehr- und Minderheiten → neues Konfliktpotential	
(territoriale) Autonomie	„Sonderstatus“ - eine (z.B. ethnische, religiöse) Gruppe erhält das direkte Sagen zu bestimmten Politikbereichen; für Politikbereiche, in denen es „gemeinsame Interessen“ gibt, ist die höhere Instanz zuständig	Vorgeschlagen u.a. für den Kosovo, Israel-Palästina, Kaschmir, Tschetschenien, Nagorni-Karabach	Kompromiss bei Zusammenprall des Selbstbestimmungsrechts mit der territorialen Integrität	(Potenziell) gefährliche Übergangszeit auf dem Weg zur Autonomie	
„Power-sharing“: Entscheidungsfindungsprozesse, die auf den größtmöglichen Konsens abzielen					
„Power sharing“	a) konkordanter Ansatz (Konkordanzdemokratie)	„Große Koalitionen“; meist parlamentarisches Regierungssystem; Proportionalität; Minoritätenvetos; Föderalismus für ethnisch homogene Gebiete	Bosnien, Sierra Leone, Libanon,	Verfassungsrechtlicher Schutz gefährdeter Gruppen	Ethnische Gruppierung werden politisch aufrecht erhalten; Gefahr des politischen Stillstands

	b) integrativer Ansatz	Anreize für die Schaffung multi-ethnischer Koalitionen; meist präsidentielles Regierungssystem	Fiji, Nigeria, Südafrika, Nordirland	Die Aussicht auf Wahlerfolge kann Politiker zu moderaten Positionen bewegen	Gefahr des ethnischen Extremismus wenn Anreize scheitern
	Mehrheitsdemokratie	Mehrheitswahlrecht; Regierungs-versus-Opposition	Mosambik, El Salvador, Nicaragua	Klare Mehrheiten mit Reformmandat	Wahlverlierer könnten ohne Machtteilhabe gewalttätig werden

- **Erkenntnisse aus der Praxis** (laut Sisk):

- Mehrheitsdemokratien haben sich, entgegen wissenschaftlicher Meinungen, in bestimmten Post-Konflikt-Ländern als durchaus stabil erwiesen; v.a. wenn Klassen- oder Standeskonflikte und nicht ethnische Gegensätze die hauptsächliche Kriegsursache waren.
- Die gegenwärtig vorherrschende Haltung, auf „power sharing“ (s.o.) zur Konfliktlösung zu setzen, ist fragwürdig, da die bisherigen praktischen Erfahrungen mit "power sharing" ambivalent sind (Probleme etwa in Bosnien und Fiji).
- Welches Konzept optimal ist, lässt sich jeweils nur im Einzelfall, mit Blick auf die jeweilige Konfliktkonstellation, klären.
- Auch wenn Konzepte auf den Einzelfall abgestimmt sind, gibt es inhärente **Risiken** bei der Demokratisierung nach Konflikten; u.a. fehlendes Vertrauen zwischen den Konfliktparteien, das Fortdauern tiefer gesellschaftlicher Spaltungen, die Konflikträchtigkeit *innerhalb* gesellschaftlicher Gruppen und Parteien, sowie das Fehlen von Drittparteien (Vermittlern o.ä.) die sich langfristig zur Aufrechterhaltung der neuen Demokratie bekennen
- **Friedensfördernde Maßnahmen** sind u.a.: ein frühes Bekenntnis zur Demokratie seitens der externen und internen Akteure sowie die Erstellung eines Demokratisierungsplans; Konfliktlösung auf verschiedenen Ebenen; Miteinbeziehung von möglichst großen Teilen der Bevölkerung sowie von "Gegnern" des Demokratisierungsprozesses
- Optimistisch stimmt dass womöglich im Zuge der Globalisierung Konflikte zu Souveränitätsfragen abnehmen werden; ferner die Ausdehnung des Konzepts und der Praxis der „Friedensschaffung“ sowie die Ausbreitung von Normen zur Demokratieförderung in den 1990er Jahren. Dennoch wird das Demokratisierungspotential nach Konflikten immer beschränkt sein, solange die internationale Gemeinschaft sich nicht als Garant von Friedensabkommen sieht.

4. Kritische Bewertung

- Positiv hervorzuheben ist Sisks Ablehnung eines „one-size-fits-all“ Ansatzes und seine Aufforderung, bei der Gestaltung politischer Systeme von der zu lösenden Konfliktsituation auszugehen.
- Sisk sagt am Anfang des Artikels: *“For the international community, the question is how to prod the protagonists in civil wars to design a democratic system that may help manage and ameliorate the underlying causes of conflict over the long term”* (786). Er befasst sich jedoch daraufhin nicht mit der daraus folgenden Frage, welche Rolle die internationale Gemeinschaft und welche lokale Eliten bei der Schaffung politischer Institutionen spielen sollen.
- Zwischen Friedens- und Demokratisierungsprozess wird kaum differenziert – dies scheint fragwürdig.

5. Zentrale Fragen zur Diskussion

- Welche Rolle spielen politische Institutionen bei der Konfliktlösung und Friedenssicherung?
- Wie entscheidend sind solche Institutionen im Demokratisierungsprozess? Welche anderen Prozesse oder (Rahmen-) Bedingungen sind für eine erfolgreiche Demokratisierung notwendig?
- Welche Rolle sollen lokale Eliten bei der Schaffung eines demokratischen politischen Systems spielen? Was ist die (mögliche) Rolle der "internationalen Gemeinschaft"? Wie ist mit möglichen Konflikten zwischen diesen zwei Gruppen umzugehen? Wer hat das letzte Wort bei der Gestaltung des Systems?